



DR. MED. PETER LIESE
Mitglied des Europäischen Parlaments
Koordinator (Sprecher) der EVP-Fraktion im
Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und
Lebensmittelsicherheit
Mitglied des CDU-Bundesvorstands

Rue Wiertz
ASP 15 E 165
B-1047 Brüssel
Tel.:0032 2 28 47981,
peter.liese@europarl.europa.eu
www.peter-liese.de
www.facebook.com/peter.liese
www.twitter.com/peterliese

Hintergrundpapier

Steuergelder einsparen - Neue Chancen für Straßburg und Umgebung

Ein Vorschlag für die Neuansiedlung der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) im
Sinne der europäischen Bürger

Für mehr und mehr Menschen ist es ein Ärgernis, dass das Europäische Parlament einmal im Monat zu einer 4-tägigen Sitzung nach Straßburg reist. Die restlichen Arbeitswochen des Europäischen Parlamentes finden in Brüssel statt, u.a. um den Austausch mit den anderen Europäischen Institutionen, wie der Europäischen Kommission, so unkompliziert wie möglich zu gestalten. In fast jeder Besuchergruppe und bei vielen Bürgerveranstaltungen im Wahlkreis werden Europaabgeordnete mit der Frage konfrontiert, ob der damit verbundene finanzielle und organisatorische Aufwand nicht unverhältnismäßig sei. **Die Kosten des "Wanderzirkus"** belaufen sich laut vorsichtigen Schätzung, die auch von den Befürwortern von Straßburg geteilt wird, auf 114 Mio. EUR pro Jahr, anderen Schätzungen zufolge auf **bis zu 200 Millionen Euro**. Durch die Unterhaltung von zwei Gebäuden und die Reisen entsteht eine CO₂-Belastung von 11 000 bis 19 000 Tonnen CO₂ pro Jahr. Dies entspricht etwa dem CO₂-Ausstoß eines durchschnittlichen Haushalts für 1462 Jahre oder 4014 Erdumrundungen eines Neuwagens aus dem Baujahr 2016. Zwar reisen die Abgeordneten in der Regel am Wochenende in ihre Wahlkreise um dort an Veranstaltungen teilzunehmen, so dass es für die meisten nicht so entscheidend ist, ob sie dann montags nach Brüssel oder Straßburg reisen, aber viele hunderte von Mitarbeitern und zum Beispiel auch Dolmetscher reisen von Brüssel nach Straßburg, so dass auch ein erheblicher Teil der Arbeitszeit hochbezahlten Personals verloren geht. Immer wieder tauchen weitere Probleme, unter anderem mit der Wasserversorgung und der Klimatisierung des Gebäudes in Straßburg, etwa durch Legionellen auf, die ihren Grund darin haben, dass das Gebäude die meiste Zeit

ungenutzt ist. Rund dreiviertel der Abgeordnete setzen sich daher für einen einzigen Sitz des Europäischen Parlamentes in Brüssel ein.

Lösung nur im fairen Dialog mit Frankreich möglich

Für den wichtigen EU-Partner Frankreich hat die Tagung des Europäischen Parlaments in Straßburg eine hohe politische und wirtschaftliche Bedeutung. Aus Respekt gegenüber Frankreich sollte eine Lösung im Dialog mit der französischen Regierung gefunden werden. Dies ist auch deshalb unerlässlich, weil die Abschaffung der Plenartagung in Straßburg eine Vertragsänderung erforderlich macht, d.h. einen einstimmigen Beschluss aller Mitgliedsstaaten und eine Ratifizierung in den nationalen Parlamenten. Daher ist es dringend erforderlich, konstruktive Vorschläge zu machen, die den Menschen in Straßburg und Umgebung entgegenkommen und die wirtschaftlichen Verluste durch die Streichung der Plenartage nicht nur kompensiert, sondern darüber hinaus neue Entwicklungschancen für Straßburg und Umgebung bietet. Selbstverständlich müssen die in Straßburg dauerhaft ansässigen Institutionen Europarat, Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte und Europäischer Ombudsmann in Straßburg bleiben.

Neuansiedlung der europäischen Arzneimittelagentur als Chance

Durch die Entscheidung Großbritanniens die Europäische Union zu verlassen, ergibt sich nun die einmalige Situation, dass eine seit langem etablierte europäische Agentur mit einer großen Zahl von Mitarbeitern dauerhaft einen neuen Sitz finden muss. Bisher gab es viele Diskussionen wie man Straßburg eine Perspektive bieten kann. Diese waren aber sehr theoretisch, da es immer um den Aufbau neuer Institutionen ging und man die Vorteile nur sehr schwer beziffern konnte.

Die Europäische Arzneimittelagentur existiert seit 1995 und hat seitdem ihren Sitz bisher in London. Die Europäische Arzneimittelagentur ist für einen großen Teil der Zulassungen von Arzneimitteln, insbesondere innovative Arzneimittel zuständig. Die EMA ist aus Sicht der Industrie, der Ärzte und der Patienten ein Erfolgsmodell. Sie nutzt die Kompetenz der dauerhaft ansässigen Experten, aber auch dezentral die Kompetenz der nationalen Agenturen. Sie finanziert sich zum größten Teil nicht aus Steuermitteln, sondern aus Gebühren der Unternehmen für die Zulassungen.

EMA bringt dauerhaft und nachhaltig Vorteile

Interessant ist, dass obwohl die EMA ihren Sitz in London hat, Frankreich schon heute den höchsten Anteil an Mitarbeitern stellt. Es arbeiten **fast 900 Mitarbeiter permanent bei der EMA**. Dazu kommen etwa 95 lokal angestellte Mitarbeiter vor Ort. Im Vergleich dazu arbeiten im Europäischen Parlament in Straßburg nur eine verschwindend geringe Anzahl von Mitarbeitern permanent, in erster Linie Sicherheitspersonal zur Bewachung des Gebäudes. **36.000 Experten besuchen die EMA jährlich**. Hierdurch könnte ein wesentlicher Teil der wegfallenden Übernachtungen des Parlaments kompensiert werden. Der große Vorteil für Straßburg bestünde darin, dass diese Übernachtungen konstant über das Jahr verteilt sind und nicht nur, wie beim Parlament, drei Nächte im Monat (manche Gäste besuchen das Europäische Parlament auch nur eine Nacht. Die mit Abstand höchste

Auslastung besteht von Dienstag auf Mittwoch der Plenarwoche. Von Montag auf Dienstag und von Mittwoch auf Donnerstag nimmt die Zahl schon wieder gewaltig ab). Zugespitzt formuliert kann man sagen: An den Plenartagen dienstags und mittwochs sind die Hotels komplett ausgebucht, Restaurants überfüllt, man findet oft kein Taxi. Im Rest des Monats stehen viele Hotelzimmer, Restaurants und Taxen leer. Die Ansiedlung einer dauerhaften Institution könnte eine gleichmäßigere Auslastung bringen.

Straßburg hat gute Voraussetzungen für die EMA

Straßburg bietet viele Vorteile für die Neuansiedlung der EMA - ein Gebäude mit ausreichend Kapazität und insbesondere ausreichend Dolmetscherkabinen, die auch für die Sitzungen der EMA-Gremien erforderlich sind - ein Umfeld, in dem es sehr viele medizinische Experten gibt, z.B. eine sehr leistungsstarke medizinische Fakultät an der Universität Straßburg, eine pharmazeutische Fakultät, verschiedene Forschungsinstitutionen, wie Cancéropole du Grand-Est und INSERM National Institute of health and medical Research. Für Straßburg könnten sich aus der Verbindung von bestehenden Einrichtungen und pharmazeutischen Unternehmen z.B. ALYATEC, AXILUM ROBOTICS und Sanofi Research Division zusätzliche Vorteile ergeben.

Ein Teil des in **Straßburg ansässigen** Europarats ist schon heute das **Europäische Direktorat für die Qualität von Arzneimitteln und Gesundheitsfürsorge (EDQM)**. Das EDQM umfasst 240 Spezialistinnen und Spezialisten aus Chemie, Biochemie, Pharmazie, Biologie, Medizin, Medizintechnik und Administration. Es ist zuständig für die Qualitätskontrolle von in Arzneimitteln verwendeten Substanzen und verfügt zu diesem Zweck über eigene Laboratorien. Zudem koordiniert das EDQM in diesem Zusammenhang die Arbeit eines Netzwerks von 80 zertifizierten nationalen Forschungseinrichtungen und deren gemeinsame Programme. Das EDQM ist verantwortlich für die Erarbeitung und ständige Weiterentwicklung der Europäischen Pharmakopöe. Zu den Vertragspartnern gehören nicht nur Mitgliedstaaten des Europarats, sondern auch die Europäische Union. Eine Reihe von außereuropäischen Staaten, nationale Behörden sowie Internationale Regierungsorganisationen wie zum Beispiel die Weltgesundheitsorganisation (WHO) sind ebenfalls an einer Zusammenarbeit mit der Europäischen Pharmakopöe interessiert und haben daher Beobachterstatus erlangt. Alle in Europa hergestellten oder verkauften Arzneimittel unterliegen strengen Normen in Bezug auf Zusammensetzung, Herstellungsverfahren und Qualität. Diese Normen sollen sicherstellen, dass z.B. ein Aspirin überall in Europa dieselben Wirkstoffe in derselben Menge und derselben Qualität enthält. Eine Sammlung solcher Normen in einem Arzneibuch wird Pharmakopöe genannt.

Im Umfeld der EMA siedeln sich Firmen an, die der Industrie bei der Antragstellung helfen, Anwaltskanzleien und ähnliches. Schätzungen zufolge sind es in London aufgrund der EMA alleine 1.000 Firmen. Es können sich sogar zusätzliche pharmazeutische Unternehmen ansiedeln. Straßburg verfügt durch die dauerhaft in Straßburg ansässigen Institutionen, z.B. Europarat, Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte und Europäischer Ombudsmann über ein internationales Umfeld, z.B. internationale Schulen.

Die Kommunen auf der deutschen Seite der Grenze würden von einer Ansiedlung der EMA deutlich profitieren. Es gibt bereits eine intensive Zusammenarbeit der medizinischen Forschungsinstitutionen zwischen Elsass und Baden. Dies würde sich natürlich weiterentwickeln. Übernachtungen von Besuchern der EMA werden

selbstverständlich, wie Übernachtungen von Besuchern des Europäischen Parlamentes, zum Teil auch auf der deutschen Seite stattfinden.

Probleme und Chancen zugleich: Alle wollen die EMA

Die Zahl der Städte und Regionen, die sich zum Teil schon mit Unterstützung der jeweiligen nationalen Regierung und Unterstützung einiger Europaabgeordneter um den Sitz der EMA bemühen, ist endlos. Nahezu alle Mitgliedstaaten haben sich um die EMA beworben oder wollen dies tun. Nach den vorliegenden Informationen gibt es neben den offiziellen Bewerbungen der Mitgliedsstaaten für Wien, Kopenhagen, Barcelona, Lille, Helsinki, Athen, Bonn, Dublin, Mailand, Amsterdam, Warschau, Lissabon, Bukarest, Bratislava, Stockholm zahlreiche weitere Interessenten. Die Liste der Städte und Regionen die sich Hoffnung machen geht von Valletta auf Malta über Brüssel, Budapest, Malaga, Nizza, Lyon, Montpellier bis hin zu Berlin, München, Frankfurt, Hamburg, Hannover und Mecklenburg-Vorpommern. Das führt natürlich dazu, dass zurzeit noch viele nationale Regierungen und auch eine Reihe von Abgeordneten dem innovativen Vorschlag zurückhaltend gegenüber stehen. Aber jeder, der sich für eine andere Stadt einsetzt, muss sich darüber im Klaren sein, dass die Chance, die EMA zu bekommen, nur bei 1:35 liegt, weil sich etwa 35 andere Städte bewerben. Letztlich zeigt die Vielzahl der Interessenten nur, wie attraktiv es ist, den Sitz der EMA zu bekommen. Genau deshalb sollte das Angebot auch für Straßburg und Frankreich attraktiv sein. Straßburg hat eine sehr überzeugende eingereicht und ist sehr daran interessiert, EMA-Standort zu sein. Bisher natürlich mit der Intention sowohl EMA als auch EP-Sitz zu sein. Dennoch bleibt festzuhalten, dass die EMA für Straßburg äußerst attraktiv erscheint.

Das **Europäische Parlament** hat sich am 27. April, 2017, bereits in einer **Resolution zum Parlamentshaushalt positiv zu der Idee geäußert (siehe unten)**. Aus meiner Sicht ist es erforderlich, jetzt in einen Dialog mit der neuen französischen Regierung einzutreten. Dabei sollte der Sitz der EMA das erste und substantiell für die wirtschaftliche Entwicklung Straßburgs wichtigste Angebot sein. Wir müssen aber auch offen sein, über **zusätzliche Angebote** nachzudenken. Hier sind die Möglichkeiten vielfältig.

Das Europäische Parlament könnte weiterhin, zumindestens einmal im Jahr nach Straßburg reisen, um die Bedeutung der Europastadt Straßburg zu unterstreichen und sich zum Beispiel mit dem Europarat auszutauschen. Der **Europäische Rat** könnte zumindest einige Tagungen in Straßburg abhalten.

Vor dem Hintergrund, dass Europa sich stärker in der **militärischen Kooperation** engagieren will, wäre es durchaus denkbar, die dafür notwendigen Strukturen ebenfalls **in Straßburg anzusiedeln**. Zu denken wäre hier insbesondere an den vom Rat geplanten militärischen Planungs- und Durchführungsstab (Vgl. u.a. Schlussfolgerungen des Rates zu Sicherheit und Verteidigung im Kontext der Globalen Strategie der EU - 18. Mai 2017)

Die Stadt ist nicht nur ein wichtiger Standort für die Pharma-Industrie, sondern auch das Militär verfügt über gute Voraussetzungen in der Stadt.

Ein Teil des Geldes, das jedes Jahr verwendet wird, um den Wanderzirkus zu finanzieren, könnte zur Unterstützung der Stadt Straßburg und gegebenenfalls sogar zum Aufbau anderer Institutionen übergangsweise genutzt werden.

Fazit

Der Wanderzirkus zwischen Brüssel und Straßburg wird mehr und mehr zum Ärgernis und gerade in einer Zeit, in der die Europäische Union ein Akzeptanzproblem hat, müssen wir eine Lösung finden. Dies setzt allerdings voraus, dass alle Beteiligten nationale Egoismen zurückstellen und zuerst an den europäischen Steuerzahler und die gemeinsame Sache denken. Es gibt eine einmalige Gelegenheit mit einer neuen pro-europäischen Regierung und der Möglichkeit für ein überzeugendes Angebot an Straßburg und Frankreich.

Anlage:

Beschluss des Europäischen Parlaments vom 27. April 2017 über die Entlastung für die Ausführung des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2015, Einzelplan I – Parlament (2016/2152(DEC)) (bei 425 Ja-Stimmen zu 141 Nein-Stimmen - 75 Prozent Zustimmung)

31. stellt fest, dass sich die durch die geografische Verteilung der Arbeitsorte des Parlaments bedingten Kosten nach Angaben des Rechnungshofs auf 114 Mio. EUR pro Jahr belaufen, und nimmt die Feststellung im Bericht Fox/Häfner aus dem Jahr 2013 zur Kenntnis, dass 78 % aller Dienstreisen der Bediensteten des Parlaments im Rahmen des Beamtenstatuts eine direkte Folge der geografischen Verteilung der Dienste des Parlaments sind; weist erneut darauf hin, dass sich die Umweltauswirkungen dieser geografischen Verteilung mit schätzungsweise 11 000 bis 19 000 Tonnen CO₂-Emissionen beziffern lassen; fordert das Präsidium auf, den Generalsekretär zu ersuchen, unverzüglich einen Fahrplan für einen einzigen Sitz des Parlaments auszuarbeiten; bekräftigt seine Forderung gegenüber dem Parlament und dem Rat, sich im Interesse langfristiger Einsparungen mit der Frage zu befassen, ob nicht ein Fahrplan für einen einzigen Sitz ausgearbeitet werden müsste, worauf das Parlament bereits in mehreren früheren Entschlüssen hingewiesen hat; **vertritt die Ansicht, dass durch den Austritt des Vereinigten Königreichs und durch die Notwendigkeit, die europäischen Agenturen, die ihren aktuellen Sitz im Vereinigten Königreich haben, neu anzusiedeln, eine hervorragende Gelegenheit gegeben ist, mehrere Probleme gleichzeitig zu lösen**; verweist jedoch auf Artikel 341 AEUV, der besagt, dass die Sitze der EU-Organe durch die Regierungen der Mitgliedstaaten im Einvernehmen festgelegt werden, sowie auf das dem EUV und dem AEUV beigefügte Protokoll Nr. 6, durch das der Sitz des Parlaments in Straßburg festgesetzt wird; weist darauf hin, dass die Verträge im Falle eines einzigen Sitzes geändert werden müssten;